

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Hofra der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderats Riesa.

Postkassant: Dresden 1539
Stollze Riesa Nr. 22.

Nr. 288.

Dienstag, 12. Dezember 1922, abends.

75. Jahrgang.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, wegen vorauszahlung, monatlich 4.00 — zwei einj. 7.00 — drei einj. 19.00 — anzeigen nach der Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Anzeige für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für Bewilligte Rabatt: erstlich wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Anzeigensätze: 2.00 — Markt, feste Tarife, beilage „Wähler an der Elbe“ — In alle Jahrezeit gewahrt. Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Besondereinrichtungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa.
Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa. — Druck: Riesa. — Vertrieb: Riesa.

Die Maul- und Klauenseuche auf den Rittgütern Grödel und Bromnik sowie bei den Gutsbesitzern G. Rieger und verw. Kuffe ist erloschen. Die gegen diese Betriebe getroffenen Maßnahmen werden aufgehoben. Die Gemeinden Grödel und Bromnik mit Rittgütern scheiden aus dem Sperr- und Beobachtungsgebiete aus. Die Gemeinden Rühnrich und Wessa scheiden aus dem Beobachtungsgebiete aus. Die Gemeinde Poppitz verbleibt im Sperrgebiete.
Amtshauptmannschaft Großenhain, am 11. Dezember 1922.

Auf Blatt 689 des Handelsregisters ist heute die Firma Ferd. Paul Zeichgräber in Riesa und als deren Inhaber der Kaufmann Ferdinand Paul Zeichgräber in Riesa eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Großhandel in Rohstoffen für die Textil- und Wappenzubehöre, sowie Wanne aller Art.
Amtsgericht Riesa, den 8. Dezember 1922.

Auf Blatt 298 des Handelsregisters, die Firma Schellerei und Expeditionen-Aktien-gesellschaft in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 29. November 1922 hat a) die Umwandlung der bisherigen achttausend Stück Vorzugsaktien in Stammaktien, b) die Erhöhung des Grundkapitals um sieben Millionen Mark in achttausend Stück Stammaktien und in achttausend Stück Vorzugsaktien zu je eintausend Mark verfallend, mithin auf zweiunddreißig Millionen Mark beschloffen. Die Erhöhung

ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt nunmehr zweiunddreißig Millionen Mark und zerfällt in vierundzwanzigtausend Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien und in achttausend Stück auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je eintausend Mark. Der Gesellschaftsvertrag ist in den §§ 6, 12, 16, 21, 22 und 24 abgeändert worden. Die neuen Aktien werden unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre und zwar die Stammaktien zum Kurs von 365 %, die Vorzugsaktien zum Kurs von 100 % auszugeben. Die Vorzugsaktien haben dreifaches Stimmrecht bei der Beschlußfassung über Veränderung der Satzung, Belegung des Aufsichtsrats und Auflösung der Gesellschaft, sonst die gleiche Ausstattung wie die bisherigen Vorzugsaktien.
Amtsgericht Riesa, den 11. Dezember 1922.

Sandel am 17. und 24. Dezember 1922 betr.

Wir weisen hiermit darauf hin, daß gemäß unserer Bekanntmachung vom 11. April 1919 — Nr. 85 des Rieser Tageblattes vom 12. April 1919 — an den letzten beiden Sonntagen vor Weihnachten — 17. und 24. Dezember 1922 — der Sandel in allen Geschäftszweigen von vormittags 11 bis nachmittags 6 Uhr zulässig ist und demnach auch in dieser Zeit im Handelsgewerbe eine Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern stattfindet.
Der Rat der Stadt Riesa, am 12. Dezember 1922.

Die Verhandlungen in London abgebrochen.

Die in London überreichten deutschen Vorschläge.

W. T. D. meldet: Wie wir hören, ist der von der deutschen Regierung in London unternommene Schritt in der Weise erfolgt, daß an den englischen Ministerpräsidenten Bonar Law Sonntag mittag ein eigenhändiger Brief des deutschen Reichskanzlers überreicht wurde, in dem es u. a. heißt:

Von einer schnellen, die Interessen aller Beteiligten ausgleichenden Lösung der Reparationsfrage hängt das Schicksal Europas ab. Da die weiteren Verpflichtungen Deutschlands aus dem Vertrage von Versailles alsbald geregelt werden müssen, erscheint es der Reichsregierung notwendig, zunächst die in der Note der Reichsregierung vom 14. November an die Reparationskommission gehaltenen Anträge zur Entscheidung zu bringen. Der in der Anlage unterbreitete Vorschlag bildet nach Ansicht der Reichsregierung die Grundlage der in der Note der Reichsregierung vom 14. November an die Reparationskommission unterbreiteten Vorschläge. Der Ueberschreiber dieses Schreibens ist ermächtigt, auf Wunsch weitere mündliche Erklärungen zu dem Vorschlag zu geben.
In der dem Brief des Reichskanzlers beigefügten Anlage heißt es u. a.:

Angesichts der gegenwärtigen Lage ist die deutsche Regierung der Meinung, daß es notwendig ist, die Stabilisierung der Mark in Angriff zu nehmen und zu einer Verständigung über die Finanzierung der Reparationsleistungen für die nächsten Jahre zu gelangen. Die folgenden Vorschläge für eine vorläufige Regelung mögen daher als Mittel betrachtet werden, um den Weg für eine schnelle und endgültige Reparationsregelung zu ebnen:

1. Die deutsche Regierung ist entschlossen, den Versuch zur Stabilisierung der Mark mit ihren eigenen Hilfsmitteln zu unternehmen, falls sich die Gewinnung fremder Kredithilfe für den Augenblick als unmöglich erweisen sollte. Sie geht dabei von der Hoffnung aus, daß ihr der ausländische Kredit zu Hilfe kommen wird, sobald einmal die Markstabilisierung in Angriff genommen ist. Diese Stabilisierung kann natürlich nur dann unternommen werden, wenn entsprechend dem Antrage in der deutschen Note vom 14. November die deutschen Leistungsverpflichtungen für die nächsten Jahre so geregelt werden, daß ihre Durchführung möglich ist, und wenn Deutschland in seinen Handelsbeziehungen zu fremden Mächten die Gleichberechtigung eingeräumt wird.

2. Deutschland schlägt vor, daß für die nächsten Jahre seinen laufenden Verpflichtungen aus dem Vertrage von Versailles durch eine in Deutschland und im Ausland anzulegende Goldanleihe erfüllt werden. Der Betrag der äußeren Anleihe soll ganz, die innere Anleihe mindestens zur Hälfte der Abdeckung der deutschen Verpflichtungen zur Verfügung gestellt werden. Der Rest der inneren Anleihe würde Deutschlands eigenen Bedürfnissen dienen, insbesondere der Stabilisierung der Mark.

Hinsichtlich der Einzelheiten des Planes wird vorgeschlagen: Die in Deutschland anzulegende Goldanleihe soll mit höchstens 4 Prozent verzinst und mit 1/2 Prozent amortisiert werden. Ihre Zeichner sollen weiterhin von den deutschen Steuern befreit werden; überdies wird ihnen eine Amnestie hinsichtlich etwaiger Verbindlichkeiten gegen die deutschen Kapitalgeber zugesichert. Auf diese Weise hofft man, das im Ausland verregene deutsche Kapital zur Rückkehr nach Deutschland und zur Beteiligung an dieser Reparationsanleihe zu veranlassen. Alle Zahlungen auf die Anleihe sollen in fremder Währung unter Zugrundelegung des täglichen Dollarkurses erfolgen.

Das Ergebnis der in Deutschland anzulegenden Anleihe soll folgendermaßen verwendet werden: Die Hälfte soll an die Reparationskommission abgeführt werden. Die andere Hälfte bis zu einem Betrage von beispielsweise 1 1/2 Milliarden Goldmark soll für Deutschlands eigene Bedürfnisse zur Verfügung bleiben. Ein etwaiger Ueberschuß der zweiten Anleihehälfte über 1 1/2 Milliarden Goldmark wäre ebenfalls an die Reparationskommission abzuführen. Gleichseitig mit der Anleihe der inneren Anleihe würde die deutsche Regierung der Reparationskommission beispielsweise 3 Milliarden in deutschen Goldschuldscheinen überreichen, deren gesamter Erlös an die Reparationskommission zu zahlen wäre. Zinsen und Tilgung auf diese Schuldscheine wären sofort zu zahlen.

Die deutsche Regierung beantragt Befreiung von allen

falls werdenden Verzinsungen aus dem Vertrage von Versailles für zwei Jahre sowie von den Sachleistungen, die nicht aus dem deutschen Haushalt bezahlt werden könnten. Die deutsche Regierung würde außerdem beantragen, daß für jede an die Reparationskommission aus dem Ertrage der inneren Anleihe gezahlte Milliarde Goldmark für ein weiteres Jahr keine weiteren Zahlungen aus dem Vertrage von Versailles verlangt werden. Die ganze Regelung hätte sich auf nicht mehr als vier oder fünf Jahre zu erstrecken.

Die deutschen Vorschläge für unbefriedigend erachtet.

Um 7 Uhr abends wurde in London folgende Mitteilung ausgeben: Die alliierten Premierminister haben sorgfältig den augenblicklichen Stand des Reparationsproblems und auch die damit zusammenhängende Frage der interalliierten europäischen Schulden untersucht. Ein Plan für eine Interimsvereinbarung bezüglich der Reparationen, der vom deutschen Kanzler unterbreitet worden ist, ist ausser Erwägung gezogen; er ist jedoch einstimmig für unbefriedigend erachtet worden. Es ist den alliierten Premierministern in der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich gewesen, zu endgültigen Beschlüssen in den in Betracht kommenden bedeutenden Fragen zu gelangen. Unter diesen Umständen ist beschlossen worden, die Unterredung zwischen den alliierten Premierministern am 2. Januar u. J. in Paris fortzusetzen, um der Vollkonferenz zu ermöglichen, unmittelbar darauf zusammenzutreten und vor dem 15. Januar zu endgültigen Entscheidungen in den genannten in London erörterten Fragen zu gelangen.

Die Agence Havas meldet aus London: Wenn nach Wiederaufnahme der Konferenz am 2. Januar eine Verständigung erfolgt, so soll unmittelbar darauf eine umfassende Konferenz mit Einschluß der Kleinen Entente wahrscheinlich in Paris zusammentreten.

Berliner Pressstimmen.

Der „Berl. Post.“ schreibt, der Abbruch der Verhandlungen in London sei das Schlimmste, was werden konnte: eine neue Fortsetzung der Ungewißheit, der nervenzerreißenden Unmöglichkeit, sich über die eigene Zukunft ein Bild zu machen. Nächste Aufgabe der Regierung sei es, mit allem Ernst daran zu gehen, bei uns im Innern in Ordnung zu bringen, was sich in Ordnung bringen läßt. Es komme hinzu, daß dem, der sich nicht selbst zu helfen sucht, beizustehen und mit Recht niemand helfen will. Die „Post.“ kommt dagegen zu dem Schluß, der Ausgang der Londoner Konferenz sei in Anbetracht der derzeitigen weltpolitischen Lage und der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Entente das glänzendste, was von deutschen Standpunkt aus erwartet werden konnte. Aus der Fassung der amtlichen Schlussmitteilung folgert das Blatt, daß die deutschen Reparationsvorschläge, wenn sie auch als „unbefriedigend“ befunden worden sind, zweifellos ernste sachliche Beachtung gefunden hätten. Es sei zu hoffen, daß die Verhandlungspause von deutscher Seite dazu benutzt werde, in weiteren Verhandlungen nichts unversucht zu lassen, um auf dem Wege einer sachlichen Verständigung die Reparationsfrage, soweit dies durch aktive deutsche Politik möglich sei, der so dringlich notwendigen Lösung entgegenzuführen. Auch der „Vorwärts“ drückt die gleiche Hoffnung aus: Dr. Cuno selbst in seinem Brief an Bonar Law diesen Vorschlag als einen vorläufigen bezeichnet habe, bleibe bis zum 2. Januar Gelegenheit genug, ihn „befriedigender“ zu gestalten. Dazu aber sei eine Fühlungsnahme zwischen der deutschen Regierung und ihren Vertragspartnern vor dem 2. Januar durchaus wünschenswert.

Ueber den Verlauf der Londoner Beratungen

Liegen aus London und Paris noch folgende Meldungen vor: „Daily Telegraph“ zufolge habe Woincaré am Sonntag telegrafisch Reueung geäußert, seinen Plan der baldigen Belegung des Ruhrgebietes aufzugeben. Woincarés Standpunkt sei, daß die Politik der Belegung des Ruhrgebietes durch eine alliierte Aktion oder sogar durch eine alleinige Aktion Frankreichs von ihm nicht aufgegeben werden könne, ehe nicht irgend eine andere Garantie von Deutschland gegeben werde. Bonar Law habe Woincaré klar und endgültig erklärt, daß die britische Regierung und die britische öffentliche Meinung sich dem von Woincaré vorgeschlagenen Plan vollkommen widersetzen.

Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in London berichtet, trotz des von Bonar Law und Woincaré geäußerten guten Willens habe man sich über die Frage der Belegung des Ruhrgebietes nicht einigen können. Dies sei die Tatsache, die den Sonntag beherbeichte und die den künftigen Erfolg des ersten Schrittes, den man am Sonntag

in der Frage der interalliierten Schulden unternommen habe, vermindere. Zunächst habe man Sonntag nachmittags die deutschen Vorschläge unterbreitet, die sofort kritisiert worden seien. Diesen Vorschlägen, die etwa an die Vorschläge Dr. Cuno erinnerten, wollte Bonar Law seinerseits einen Gegenvorschlag entgegenstellen. Die Alliierten müßten nach diesem englischen Gegenvorschlag fordern, daß vor allen Dingen die deutsche Industrie eine sofortige Zahlung von 500 Millionen Goldmark leiste, um ihre Arbeit fundzugeben, an dem Wane ihrer Regierung mitzuarbeiten. Die Alliierten überließen würden der deutschen Regierung eine Frist von drei Monaten bewilligen, um die von der deutschen Regierung angeführten Reformen durchzuführen. Wenn diese Frist verstrichen sei, würden alsdann neue Entschlüsse gefaßt werden. Dieser etwas improvisierte Gegenvorschlag sei aber nicht angenommen worden.

Die Neuter erzählt, befehle Woincaré mit großer Entschiedenheit auf Befreiung des Ruhrgebietes. England unterstütze ihn nicht völlig, aber ein Versuch wird nicht erwartet. Man glaube, daß es vor der Vertagung zu irgend einem Kompromiß kommen werde.

Die Antwort auf die Sühnenote.

Aus Berlin wird gemeldet: In der vorgestern überreichten Antwort der Reichsregierung auf die Note der Vorkonferenz vom 30. November über die Vorfälle in Stettin, Pommern und Inngolstadt werden die Verfehlungen der Beamten in Stettin und die Beschimpfungen und leichten Verletzungen der Kontrolloffiziere in Pommern und Inngolstadt unumwunden zugegeben. In Verkennung der Tatsache, daß sich die Offiziere in Ausführung einer gegenüber den deutschen Behörden berechtigten Tätigkeit befanden, hätten sich die an den Zwischenfällen beteiligten Personen unter dem Einfluß der Erbitterung weiter Volkstheorie gegen die Kontrolle und ihre Organe zu Verunglimpfungen hinreichend lassen. Die deutsche Regierung habe in zwei amtlichen Schreiben der Interalliierten Kontrollkommission ihre schärfste Mißbilligung und ihr lebhaftes Bedauern ausgesprochen, sowie eine Verurteilung der schuldigen Beamten verfügt, gegen die Demonstrationen Strafverfahren einzuleiten lassen und glaube, daß hiermit vorbehaltlich einer Vergütung von geringem tatsächlichen Schaden ausreichende Sühne erfolgt sei. Gegenüber den weitergehenden Forderungen der Vorkonferenz stelle die Reichsregierung noch einmal fest, daß ihre hiermit erneuerten Erklärungen den Ausdruck der Entschuldigung mit enthielten und daß kein Raum mehr bleibe für Erklärungen der einzelstaatlichen Regierungen, da die Vertretung Deutschlands nach außen lediglich dem Reiche obliegt. Die Bürgermeister von Pommern und Inngolstadt seien freigewählte Organe der städtischen Selbstverwaltung und könnten von der Reichsregierung nicht abgelehrt werden. Die schließliche Forderung von 500 000 Goldmark für Pommern und Inngolstadt könne nicht als berechtigt anerkannt werden. Das Vorkonferenz könne in Friedenszeiten solche Verletzungen nicht, die außerdem zu den angerichteten Schäden in keinem Verhältnis ständen. Im besetzten Gebiet würden auch für viel schwerere Verfehlungen gegen Reichsangehörige nur ganz geringfügige Entschädigungen gezahlt. Um aber die Volksgenossen in der Wals und im Rheinland vor den angedrohten unerschuldeten schweren Maßnahmen zu schützen, stelle die Regierung von sich aus den geforderten Betrag zur Verfügung.

Im Staatshaushaltsauschuss des bayerischen Landtags gab gestern nachmittag Ministerpräsident Dr. v. Kulling den Standpunkt der bayerischen Regierung in der Angelegenheit des Sühneverlangens der Entente gegenüber den Städten Inngolstadt und Pommern bekannt. Er erklärte u. a., keine bayerische Behörde habe sich einer Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages schuldig gemacht. Damit enthielten auch alle Ansprüche, die sich auf die behauptete Vertragsverletzung stützten. Die bayerische Regierung sei daher nicht in der Lage gewesen, die verlangten Sühneleistungen auf sich zu nehmen. Das bedeute nicht, daß die Regierung die Vorkommnisse irgendwie entschuldigen oder sie decken wolle; sie seien ein schweres Unrecht, das die Regierung aufs lebhafteste bedauere und aufs schärfste verurteile. Sie werde für strenge Verurteilung der als Täter oder Urheber ermittelten Personen sorgen und sei bereit, den Schaden, der den beiden Kontrollkommissionen durch das Verhalten der Bevölkerung entstanden sei, zu ersetzen. Darüber hinaus aber müsse sie jedes Schuldenerkenntnis für sich und die ihr unterstellten Behörden von sich weisen. Die Regierung wünsche, daß ähnliche Vorkommnisse in Zukunft auf alle Fälle vermieden werden, und warne eindringlich vor solchem Beginnen, das zu nichts nütze, sondern nur

haben könnte. Sie vertraue dabei auf die Besonnenheit der Bevölkerung. Auf der anderen Seite müsse sie jedoch mit aller Eindringlichkeit darauf hinwirken, daß der Boden, auf dem solche bedauerlichen Vorkommnisse erwachsen, die Erbitterung des durch den Friedensvertrag enttäuschten, durch seine Folgen gequälten und in tiefer Not befindlichen bayerischen Volks sei. Die Vorkommnisse seien die erklärlichen Folgen von Ursachen, die die alliierten Mächte Tag für Tag neu schafften. Und wenn man sich daran erinnere, wie oft die deutsche Regierung sich schon über schwere Unzulaten und Uebergriffe der Besatzungsgruppen zu beklagen hatte und wie sich die alliierten Regierungen solchen Klagen gegenüber verhalten hätten, so erache sich ein jedem Rechtsmpfinden geradezu ins Gesicht schlagender Unterschied des rechtlichen Maßstabs, je nachdem es sich auf Angriffe auf Angehörige des besiegten Deutschlands oder auf die heftigen alliierten Mächte handle. Gegen etwaige Kontributionen der Alliierten in der besetzten Pfalz müsse die bayerische Regierung die allerhöchste Verwahrung einlegen. In der Aussprache stellten sich die Redner aller Parteien im wesentlichen auf den Boden der Erklärung des Ministers. Ein kommunistischer Redner erregte durch die Behauptung, daß die nationallistische Dege Schuld an den Vorkommnissen in Waffau und Ingolstadt sei, lebhaften Widerspruch.

Die deutsche Note über die Kontrollkommissionen.

Aus Berlin wird gemeldet: In der gestern der Vorkonferenz übergebenen Note der Reichsregierung betreffend die Entwaffnungsfrage heißt es u. a.: Die alliierten Regierungen gehen von der Ansicht aus, daß seit mehreren Monaten eine Verzögerung in der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages eingetreten sei. Diese Ansicht vermag die deutsche Regierung nicht zu teilen. In den letzten Monaten sind allerdings in die Augen springende Fortschritte in der Abklärung nicht mehr hervorgetreten. Dies hat jedoch seinen Grund ausschließlich darin, daß die Entwaffnung Deutschlands beendet ist, und zwar nicht nur im Rahmen des Vertrages von Versailles, sondern auch darüber hinaus, nach Maßgabe der durch das Londoner Ultimatum erweiterten militärischen Bestimmungen. Deutschland darf für sich in Anspruch nehmen, die ihm auferlegte Abrüstung in einem solchen Umfang und mit solcher Schnelligkeit durchgeführt zu haben, daß die Abrüstung nicht nur im Lichte der Weltgeschichte als eine gewaltige Leistung dastehen wird, sondern daß sie auch nach dem Sinne und nach dem Wortlaut des Vertrages von Versailles eine erschöpfende Ausführung der Bestimmungen dieses Vertrages darstellt. Die deutsche Regierung hat auch nicht, wie die Vorkonferenz annimmt, eine erhebliche Anzahl von Fragen in der Schwebe gelassen, sie hat vielmehr lebhaft gegen die Forderungen der interalliierten Militärkontrollkommission, die sie für angebracht hielt, bei den alliierten Regierungen Einspruch erhoben und um sachliche Stellungnahme gebeten, die bisher nicht erfolgt ist. Dabei liegt auch keine Obstruktion deutscher Unterorgane vor. Sollte von örtlichen Dienststellen Obstruktion erfolgt sein, so bittet die deutsche Regierung um Mitteilung der Fälle. Soweit die von den alliierten Regierungen in den fünf Punkten zusammengefaßten Hauptforderungen noch in der Schwebe geblieben sind, liegt dies daran, daß sie Fragen betreffen, die mit den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Volkswirtschaft, sowie mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Reichsgebiet aufs engste verknüpft sind. In diesem Zusammenhang muß die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß sich das deutsche Volk in den kommenden Monaten angelehrt der außerordentlich erschwerten Ernährungslage innerpolitischen Schwierigkeiten gegenüber gestellt sehen wird, deren Auswirkungen sich gegenwärtig noch in keiner Weise übersehen lassen. Wenn die deutsche Regierung das Grundproblem lösen will, das Reparationsproblem, so muß sie die gesamten wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands zusammenfassen. Die Steigerung der Produktion ist dabei die wichtigste Aufgabe. Diese kann nicht erzielt werden, wenn unentbehrliche wirtschaftliche Ausstattungsgegenstände der Industrie zerstört werden. So handelt es sich bei den unter dem Titel „Umstellung der Fabriken“ jetzt noch strittigen Punkten um Dinge, die sowohl für die Industrie, als auch mittelbar für die landwirtschaftliche Produktion unentbehrlich sind. Sie müßten daher im Falle einer Zerstörung unverzüglich neu hergestellt werden. Die Folge davon wäre, daß die Industrie, statt sich rein produktiven Aufgaben widmen zu können, sich zunächst der Wiederherstellung der für die eigentliche Produktion notwendigen Mittel zuwenden müßte. Soweit hiernach bei den fünf Punkten wirtschaftliche Interessen in Betracht kommen, hat die deutsche Regierung sie unter Bezugnahme auf die einzelnen Punkte in der Anlage 1 behandelt. — Hinsichtlich der rein militärischen Fragen steht die deutsche Regierung, wie schon mehrfach ausgeführt, auf dem Standpunkte, daß sie in der Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles erheblich darüber hinausginge über das, was nach dem Wortlaut dieses Vertrages von ihr gefordert werden konnte. Sie ist aber auch in diesen Fragen zu weitgehendem Entgegenkommen bereit, da sie selbst das Bestreben hat, die Tätigkeit der interalliierten Kontrollkommissionen zum Abschluß zu bringen. Die deutsche Regierung hat in der Anlage 2 die noch nicht erledigten militärischen Fragen dargestellt und ist dabei auf alle von den interalliierten Kontrollkommissionen bisher zur Sprache gebrachten Einzelfälle eingegangen. Sollten die Ausführungen dieser Anlage nach Auffassung der alliierten Regierungen noch Lücken aufweisen, so hat die deutsche Regierung den dringenden Wunsch, hierüber eine abschließende Klärung zu erhalten. Sie ist überzeugt, daß die alliierten Regierungen nach Prüfung des gesamten Materials erkennen werden, daß die deutsche Regierung die Bestimmungen des Versailler Vertrages in keiner Weise zu umgehen sucht, sondern alles in ihren Kräften Stehende getan hat und tut, um sie loyal zu erfüllen.

Deutscher Reichstag.

10. Berlin, 11. Dezember.
Die zunächst auf der Tagesordnung stehende Feuerungsinterpellation der Deutschnationalen wird innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Gerichtsverfahren und Pensionsergänzungen werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die neue Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher, welche die Gebührenfrage etwa um das achtfache erhöht, wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ebenso der Beschlusses über die Erhaltung der Kriegergräber aus dem Weltkrieg. Eine Entschließung des Ausschusses für Bildungswesen, im Interesse der Not der Studienaffektoren und Junglehrer der Höchstbesetzung der Schulklassen entgegen zu wirken und stellenlose Studienaffektoren und Junglehrer im Reichsdienst zu verwenden, wird angenommen. Der Nachtragset des Reichswirtschaftsministeriums wird bewilligt. Hierbei erklärte Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning: Die Folgeabgabe werde jetzt verdreifacht, um durch erhöhte Unterhaltungen einigermassen das Absterben der Bäume zu verlangsamen. Die Regierung betrachte die Hilfe für die notleidende Wirtschaft als ihre Pflicht. (Beifall.)
Wenn Hans Hartung dem Reichswirtschaftsministerium beschwert sich Abg. Künzler (Zg.) darüber, daß die höheren Offiziere meistens mit Adligen besetzt würden. Die Reichswehr sei kein zuverlässiges republikanisches Instrument.

Abg. Thomas (Komm.): 90% der Reichswehr-offiziere seien monarchistisch, den Soldaten aber würde die politische Betätigung verboten. Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning: Ich habe meine Aufgabe darin zu sehen, daß die Reichswehr auf deutsche Volksgenossen lauscht. Der Wehrminister hat das Recht den Soldaten Zeitungen zu verbieten, deren Lektüre die Disziplin gefährdet. Ich habe das aber nur einmal beim Wiesbadener Anzeiger getan. Der rote Ton der kommunistischen Presse schreit die Leute ganz von selbst an und immunisiert sie geradezu gegen den Kommunismus. (Weiterf.) Thomas (Komm.): Dann könnte der Minister doch allen Soldaten die „Rote Fabrik“ gratis liefern. (Minister Dr. Brüning: Wenn Sie sie zur Verfügung stellen.) Der Haushalt des Wehrministeriums wird bewilligt. Schluß 6 Uhr. Dienstag 3 Uhr Anfragen, Nachtragset, Geschäftsordnung.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ausgabe von neuen das Versailler Diktat. Montag abend fand im Plenarsaal des Reichstages unter dem Vorsitz des Reichsministers A. D. Wüstel eine gemeinsame Kundgebung der deutschen Volksgenossen (Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angehörtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände) gegen das Versailler Diktat statt. In einer angenommenen Entschließung heißt es: Der Friedensvertrag mit seinen unerfüllbaren Forderungen und die Erstens des ganzen deutschen Volkes bedrohenden Lasten müßte revidiert werden, um Deutschland die Lebensmöglichkeit wiederzugeben. Die Gewerkschaftsvertreter erklären weiter, sie verlangen Verminderung der Reparationslasten auf ein erträgliches Maß, seien aber nach wie vor bereit, am Wiederaufbau Europas nach Kräften mitzuwirken. Sie fordern die Öffnung der Gebelirnisse aller am Krieg beteiligten gewesenen Länder und geben schließlich den Volksgenossen im besetzten Rheingebiet und abgetrennten Saargebiet die Versicherung unerschütterlicher Liebe und Treue. — Der Entschließung haben sich zahlreiche andere Volksgenossen angeschlossen, indem die Kundgebung einen Protest der ganzen deutschen Bevölkerung gegen das Versailler Diktat darstellte.

Verhandlungen zwischen Kersten und Frankensachsen. Am 15. und 16. Dezember finden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Frankensachsen und der deutschen Kersten über den Abschluß eines neuen zentralen Tarifabkommens statt. Von dem Ergebnis der Verhandlungen wird es abhängen, ob am 3. Januar der vertraglose Zustand im ganzen Reich eintritt oder nicht.

Abgelehnte Auslieferung. Die Reichsregierung hat die Auslieferung des an dem Mailänder Bombenattentat beteiligten Italieners Ghisla, die von der italienischen Regierung beantragt worden war, abgelehnt, da die von der italienischen Regierung angeführten Delikte Ghislas nicht unter den deutsch-italienischen Auslieferungsvertrag fallen.

Gegen die Preistreiberien auf dem Buttermarkt. W.B. meldet aus Berlin: Aus verschiedenen Teilen des Reiches sind Klagen darüber laut geworden, daß durch das Gebaren gewisser Händler, die in eigener Person Butter oder Käse beim Erzeuger, bei Molkereien, Sennereien, Käseereien oder anderen Milchverarbeitungsbetrieben zum Wiederverkauf aufkaufen, die Butter- und Käsepreise in die Höhe getrieben werden und die Preiskontrollverordnungen der Städte beeinträchtigt wird. Um den Landeszentralbehörden eine rechtliche Handhabe zum Einschreiten gegen derartige Mißstände zu geben, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Verordnung erlassen, nach der die Landesregierungen mit seiner Zustimmung für ihr Gebiet oder Teile ihres Gebietes bestimmen können, daß diese Verkäufer einer besonderen Erlaubnis bedürfen. Die Landeszentralbehörden können danach insbesondere bestimmen, daß die Erlaubnis verlangt werden kann, wenn der Antragsteller nicht als hinreichend sachverknüpfend angesehen ist oder sonstige Gründe vorliegen, die seine Unzuverlässigkeit in Bezug auf die Geschäftsführung annehmen lassen, sowie endlich, wenn Bedenken volkswirtschaftlicher Art gegen die Erlaubniserteilung bestehen.

Der neue Sparminister. Die Reichsregierung hat den Präsidenten des Rechnungshofs Sämisch im Benehmen mit dem Reichsfinanzminister ernannt, den gesamten ordentlichen und außerordentlichen Haushalt und insbesondere die Haushalte und die Haushaltsführung der einzelnen Reichsministerien durchzuführen, der Reichsregierung Gutachten über das Ergebnis der Prüfung zu erstatten und bestimmte Vorschläge zu machen über Erparnisse im Haushaltsplan, für eine Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung, insbesondere auch für Verminderung des Personals sowie für eine wirtschaftliche Gestaltung der Einnahmen. Staatsminister A. D. Sämisch ist im Rahmen seiner Sonderaufgabe beauftragt, alle hierzu notwendigen Ermittlungen anzustellen. Die Reichsminister werden ihm Beamte namhaft machen, die zu jeder Auskunftserteilung in erster Linie selbst bereit zu stehen und die Vermittlung mit den sonst zuständigen Dienststellen und Beamten zu übernehmen haben. Diese sind auch berufen, ihn durch Vorschläge bei der Erfüllung seiner Sonderaufgabe zu unterstützen. Staatsminister Sämisch hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen. Sobald ein Ergebnis, wenn auch nur für einzelne Gebiete vorliegt, wird sich die Reichsregierung über die zu treffenden Maßnahmen schlüssig machen.

Polen.

Demonstrationen gegen den neuen Präsidenten. In Warschau finden unter Beteiligung von Hunderttausenden große gegen den neuen Staatspräsidenten Marutowicz gerichtete Demonstrationen statt, die von nationallistischen, antisemitischen Kreisen ausgehen. Die drei nationallistischen Parteien haben die Erklärung erlassen, daß sie der Regierung, die von einem von Juden und deutschen Ukrainern gewählten Staatspräsidenten berufen worden sei, jedwede Unterstützung verweigern müßten und sich bereit hielten, den entscheidenden Kampf um den durch Marutowicz Wahl geführten völkischen Charakter der polnischen Republik zu beginnen.

Deutsches und Sächsisches.

Mies, den 12. Dezember 1922.

— Offenhalten der Läden. Wir weisen hiermit auf die in der heutigen Nr. enthaltene fahrdtätige Bekanntmachung, den von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends an den beiden Sonntagen vor Weihnachten zulässigen Handel am 17. und 24. Dezember betr., hin und geben zugleich noch bekannt, daß nach einer Bekanntmachung des Stadtrats zu Mies vom 3. Dezember 1919 an den letzten 10 Werktagen vor Weihnachten die Verkaufsstellen bis 9 Uhr abends geöffnet sein dürfen. Das Offenhalten ist hiernach am 13. Dezember zulässig.

— Autorenabend. Der Hör-Verlag, Berlin-Dresden, veranstaltete am Sonntag abend im Saale der „Güterstraße“ einen Autorenabend. Wie sollten Fred Antone Angermayer, einen Dichter modernsten Gepräges, und den Komponisten Bruno Weigl kennen lernen. Den Abend leitete Herbert Dörner mit Weigls „Klavierkonzert aus der Steiermark“ ein, ansprechenden Konzerten, mit reichem Gesangsbesuch und mannigfaltiger plattlicher Tonmalerei. Herbert Dörner wurde — infolgedessen die „Stimmen“ Gekannt haben — seiner Aufgabe gerecht, wie

er sich auch später als fähiger Beolitzer der Gesänge erwies. Fred Antone Angermayer führte sich durch Sonette ein, die Moh. Marly vom Dresdener „Libertätskeller“ darbot. Zweifel an Gott klana aus „Im Dom“ und „Die Königin“, während der Colus „Das Blut“ einen Ritt ins romantische Land schmückte, eindeutiger Sinnlichkeit darstellte. Sieht sich die Oberkraft bis vor „Des Heiliges Aufportale“, in „Lusthaften“ und „Bruckstücken“ geföhrt, so ist es kein Wunder, wenn in dem durch erschrockenen Publikum ein großes Staunen und Entrühen nach wird. Wary Grafen aus Frankfurt hat Weigl'sche Gesänge nach Dichtungen von Angermayer und H. A. Wegener. Die Künstlerin wußte die in Zurückhaltung gedrungene Jüdischerkraft durch ihre sympathische, tragfähige und modulationsreiche Stimme, durch wohlgepflegte Aussprache und Dinge an die dichterliche Wort zurückzugewinnen. Als Höhepunkt kündigte die Vortragsfolge die Angermayer'sche dreifache Vision „Raumtura“ an, die der Dichter selbst darbot. Der Dichter will darin die neuen Bahnen kennzeichnen, in die er die Bühnen leiten will. Menschheitskonflikte und Menschheitsempfindungen bringt er in faullichem Ringen und anstaltlichem Ueberchwange zum Ausstrag. Träger des Konflikts sind Menschheit und Erfinder. Raumtura ist dem Dichter Gott ist eine Schöpfung des Menschen, und der Weltmenschen muß Gott entthronen, daß er „gotterschafft“, anstaltbunden“ werde. Erklummt Angermayer damit schon in „menschlicher Wiselieblichkeit“ Höhen, die dem Hörer über des Dichters Kraft gehen, so verleiht die vom Dichter bellebte, ins Groteske gehende Konzentration und Verdichtung der Sprache das Witzgerben auf die von ihm betretenen weiten und einsam liegenden Weide. So kam es, daß etwa die Hälfte der ohnehin nicht zahlreichen Jüdischerkraft den Ruf des Dichters „Rettet den Raum!“ sehr subjektiv aufnahm, noch während der Darbietung das Feld räumte und ging. Der übrige Teil brachte das Opfer und hielt bis zum Schluß aus, nicht ohne sich zu fragen warum.

— Gestohlen wurde am 11. ds. Mts., nachm. in der zweiten Stunde aus der Einfahrt zum Hofraume der Firma Döbler & Co., hier, ein Herrenfahrrad (Marke und Nummer unbekannt, normale Ventile, schwarzer Rahmenbau, beigl. Felgen, ziemlich neue Gummibereifung, Totpedal freiliegend, hinten mit zwei Ausritten und die Fahrradglocke mit der Aufschrift „Erich Jäger, Reithain“ versehen, Wert 30000 Mark). Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man bitte der hiesigen Polizei mitteilen.

— Erhöhung der geschuldeten Miete in Sachsen. In der „Sächs. Staatszeitung“ erklart Regierungsrat v. Witzel vom Landeswohnungsamt ausführlich die Grundsätze, die bei Erlass der 2. sächsischen Ausführungsverordnung vom 29. November 1922 zum Reichsmietengesetz befolgt werden sind. — Da die Zuschläge zur Grundmiete für Einkäuferhöhung, Betriebs- und Erhaltungskosten vielfach von den Gemeinden nicht sachgemäß, sondern nach politischen Grundsätzen berechnet worden sind, so haben die Ministerien des Innern und der Justiz bestimmte Richtlinien aufgestellt, nach denen künftig verfahren werden soll. Danach soll der Zuschlag für erhöhten Zinsendienst bemessen werden nach dem in der Gemeinde zu zahlenden Zinsfuß für entsprechende Sparfassenposten. Hat z. B. der örtliche Zinsfuß für diese im Juli 1914 3%, v. D. betragen, und hat im Januar 1923 einschließlich etwaiger Verwaltungsbeträge 5%, v. D. zu betragen, so ist der Zinsfuß um 50 v. D. gewachsen. Bei einer durchschnittlichen Belastung der Grundstücke in Höhe von 80 v. D. des Grundstückswertes ist der Zuschlag für Zinsendienst in diesem Falle also auf 40 v. D. der Grundmiete festzusetzen. Der Zuschlag für die Betriebskosten soll berechnet werden unter Inanrechnung der am 1. Januar 1923 geltenden Sätze. Werden diese Sätze im Laufe des Vierteljahres erhöht, so können die Gemeindebehörden den Zuschlag für jeden Monatsersten erhöhen. Die an den Hausbesitzer für die Hausverwaltung zu leistende Vergütung soll ein Zehntel der Betriebskosten betragen. — Bei Berechnung des Zuschlages für laufende Instandhaltungsarbeiten ist in der Regel von dem für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922 festgesetzten Zuschlag auszugehen. — Dieser Zuschlag ist zu erhöhen: a) wenn er auf Grund der Höhe und Breite vom Juni oder Juli errechnet worden ist, um das Fehlbetrag, b) wenn er auf Grund der Höhe und Breite vom August errechnet worden ist, um das Fehlbetrag, c) wenn er auf Grund der Höhe und Breite eines späteren Monats errechnet worden ist, um das Fehlbetrag. Die in Arbeit genommene Umgestaltung der ganzen Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz sacht entsprechend den Wünschen vieler Gemeinden ins Auge, diesen Zuschlag allgemein als Verrechnungssatz festzusetzen. Mit Erlass dieser Verordnung kann Ende Januar gerechnet werden. — Was schließlich den Zuschlag für große Instandhaltungsarbeiten anlangt, so ist hier nur die obere Rahmengrenze aufgehoben, sonst vorläufig alles beim alten lassen worden. Die Erfahrungen, die mit diesem Zuschlag gemacht worden sind, legen eine Umgestaltung der Ausführungsverordnung in dem Sinne nahe, daß das Hauptgewicht der Belastung für große Instandhaltungsarbeiten nicht auf die Hausbesitzer, sondern auf den Auswahlfonds zu legen ist. Die Frage muß noch eingehend geprüft und dann in der umgestalteten Ausführungsverordnung geregelt werden. Bis zu deren Erlass soll den Gemeinden keine Schranke im bezug auf die Höhe des zu erhebenden Zuschlages auferlegt werden.

— Dresden. Am Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags näherten sich einem hier zuerfahrenen jungen Mann auf dem hiesigen Hauptbahnhof zwei Unbekannte. Sie gaben vor, daß sie nach einem Gefährt suchten zu einem Koffertransport, versprachen ihm einen guten Verdienst, wenn er sich daran beteilige und führten ihn nach Annahme vermutlich durch Vorstadt Straßen auf Gostlicher Flur. Als der junge Mann ein weiteres Mitgehen ablehnte, traten auch die beiden Unbekannten unter dem Vorgeben, daß sie den Transport allein nicht ausführen könnten, den Rückweg mit an. In einem Hofwege, durch den sie ihn offenbar absichtlich führten, überfielen sie ihn, steckten ihm einen Knebel in den Mund, entkleideten ihn bis auf das Hemd und ließen ihn gefesselt in hilflosem Zustand liegen. Mit den geraubten Sachen ergriffen sie die Flucht.

— Dresden. Vom Rate ist in Aussicht genommen, den Mietpreis auf das 33fache der Grundmiete für die älteren und auf das 29fache bei neueren Häusern festzusetzen. Das bedeutet, daß der Mieter in einem älteren Hause das 28fache, in einem neueren das 24fache der Grundmiete zu zahlen hat. Die Entscheidung wird am heutigen Dienstag getroffen.

— Bayen. Bei den am Sonntag stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen erhielten die bürgerlichen Parteien 20, die Linksparteien 15 Stimmen. Das bisherige Verhältnis war 24 zu 11. Die Verlesung nach links ist zum Teil auf die Neueinverleibung des Vorortes Seibau zurückzuführen, der hauptsächlich von Arbeitern bewohnt ist. Die Sozialdemokraten erhielten 13 (11), die Demokraten 5 (4), die Wirtschaftspartei 14 (20), die Kommunisten 2 (0) und die Mietbauvereiner 1 (0) Sitze.

— Markneukirchen. Der hiesigen Kirchengemeinde stelen als Unloerfalerbin u. a. ein hochwertiges Feldgrundstück und eine Scheune zu. Die Gemeinde will es sich aber noch einmal überlegen, ob sich die Annahme des Vermächtnisses überhaupt verlohnt, da zunächst 70 Prozent Erbschaftsteuer zu entrichten und noch sonstige kostspielige Bedingungen, wie Anstellung eines Grabsteines usw., zu erfüllen sind.

— Chemnitz. Das künftige Weiskam stellt mit: Bei den bisher durch die Beamten der Bucherabteilung in der Lebensmittelgeschäften, Metzgerien und der hiesigen Metzger-

galle vorzunehmenden Stichproben wurde hier in Sachsen erstarrte Butter zum Verkauf zu 700 bzw. 770 für das Pfund nicht vorzufinden. Aus den vorgelegten Rechnungen wurde festgestellt, daß die zum Verkauf gelangte Butter sämtlich von außerhalb Sachsens kamme und der Verkaufspreis im Kleinhandel 800-900 M. je Pfund sein sollte (ein halbes Pfund betrug. Quark und Käse sächsischer Herkunft waren im Handel nicht anzutreffen.

Lauscha. Das dreijährige Ständchen eines hiesigen Fleischermeisters fiel in den mit Kochender Wurstbrühe gefüllten Kessel und zog sich so schwere Brandwunden zu, daß es bald darauf verstarb.

Richtamtliches

Bericht über die öffentliche Gemeindevorstellung in Gröba am 11. Dezember 1922, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal der Rentkassens.

Vom Kollegium leiteten entschuldigend die Herren Wäber und Teubner. Anwesend waren ferner Herr Gemeindevorstand Hans, sowie die Herren Gemeindevorstände Günther und Schmidt. Der Ratsverraum war gut besetzt. Die Sitzung leitete Herr Gemeindevorstand Hans.

Durch Verlangen von Gröba nach Miesla ist Herr Geschäftsleiter Bannas aus dem Gemeinderat ausgeschieden. Der Herr Gemeindevorstand nimmt Veranlassung, Herrn Bannas, der seit 1914 dem Gemeinderat angehört hat, herzlich Worte des Dankes für seine rege Mitarbeit auszusprechen. An Stelle des ebenfalls von Herrn Hans von Gröba vorgetragenen Herrn Wäber, sowie für Herrn Bannas haben nach dem Entschluß der Gemeindevorstandswahl Herr Wäber des, Frau Cöls in den Gemeinderat einzutreten. In einem Bescheid bittet Herr Wäber, da er bereits Anfang des nächsten Jahres Gröba verläßt, ihn von dem Amte eines Gemeindevorstreters zu entbinden. Auch Frau Cöls hat in einem Schreiben gebeten, von ihrer Vertretung in den Gemeinderat abzusehen, da sie infolge der wirtschaftlichen Lage gezwungen sei, ihrem bisherigen Ernwerb weitere nachzugehen, und der ihr nicht gefahrte, den Pflichten als Gemeindevorsteherin gegenüber nachzukommen. Das Bescheid des Herrn Wäber wird einstimmig, das der Frau Cöls, unter Anerkennung der gefälligen begründeten Anträge (Verzichtserklärung), einstimmig genehmigt. An ihre Stelle treten die Herren Lauerhaller Tamms (V. So.) und Beitzgassler Max Werner (V. So.). Beide Herren, die im Ratsverraum anwesend waren, nahmen, nachdem sie vom Herrn Gemeindevorstand in ihr Amt eingeweiht und verpflichtet worden waren, an den Beratungen teil.

Die beiden neu eingetretenen Gemeindevorsteher wurden den einzelnen Ausschüssen, denen ihre Vorgänger angehört haben, zugewiesen. In den Wohnungsausschuss tritt an Stelle des Herrn Wäber Herr Lauerhaller.

In die neuorganisierte Verwaltungskommission hat der Gemeinderat 3 Vertreter zu wählen und zwar einen Arbeitgeber und je einen männlichen und weiblichen Arbeitnehmer. Aus der mittels Stimmentafel vorgenommenen Wahl gingen hervor: Herr Emil Blume als Arbeitgeber, sowie Herr Emil Urbach und Frau Marie Nilsch als Arbeitnehmer. Auf ein Verlangen des Volksbundes Deutscher Kriegsgeldbesitzer-Fürsorge G. V. in Berlin um Gewährung eines Beitrags wird beschlossen, einen einmaligen Betrag von 1000 M. zu bewilligen. Ein Beitrag von ebenfalls 1000 M. wird dem Ortsausschuß Miesla des Allgem. Gewerkschaftsbundes für die Beschäftigtenstellen bewilligt.

Auf Vorschlag des Wohnungsausschusses sollen die jetzt gültigen Verordnungen in Wohnungssachen um das Vierfache erhöht werden. Es kommen demnach folgende Sätze in Frage: bei Zuzahlung von einem Zimmer 20 M., 2 Zimmern 40 M., einer Wohnung von 2 Zimmern und Küche 100 M., einer Wohnung von 3 Zimmern ufm. 200 M., einer solchen von 4 Zimmern ufm. 300 M., für jedes weitere Zimmer 100 M. mehr. Ein von den Bürgerlichen gestellter Antrag, die vorgeschlagenen Gebührensätze zu genehmigen mit dem Zusatz, in Fällen der Bedürftigkeit Ermäßigungen zuzulassen, wird abgelehnt, hingegen ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die einschlägigen Sätze bis 100 M. herabzusetzen, bei Zuzahlung von 100 M. an aber gegebenenfalls Abänderungen nach freiem Ermessen des Wohnungsausschusses einzutreten zu lassen, angenommen.

Das Kollegium erhält Kenntnis von der auf Einbruch des Hausbesitzervereins erfolgten Neufestlegung der Hundesteuer (Zuführung zur Grundsteuer). Es werden berechnet für: Hundesteuer 15 %, laufende Instandsetzungsarbeiten 180 %, große Instandsetzungsarbeiten 80 %, Betriebskosten (einschl. 20 %, Verwaltungskosten) 125 %. Diese Sätze sind rechtskräftig und rückwirkend ab 1. Oktober 1922.

Mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Widerrahmengebühren, und zwar für Verlorung der Leiche eines Kindes im Alter bis zu 2 Jahren 800 M., der Leiche eines Kindes im Alter von über 2-14 Jahren 900 M., sowie für Verlorung der Leiche von Erwachsenen 1000 M., erklärt man sich einverstanden.

Genehmigt werden die vom Gas- und Wasserwerksausschuß vorgeschlagenen Maßnahmen, nach denen, ebenso

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 8418 Mark.

wie die Gelder für den Gasverbrauch, auch der Wasserzähler sämtlich monatlich und zwar gleichzeitig mit dem Ablesen der Zählerabdruck, einfließen werden soll; das weitere der Nachtrag zur Steuerordnung, Erhöhung der Hundesteuer betr. Es wird ferner noch beschlossen, für Gröba einen 75 %igen Zuschlag zur reichsgesetzlichen Wohnungsbauabgabe zu erheben, hierbei aber die gefällig zulässigen Veranlassungen weitgehend in Erwägung zu ziehen. Der hierzu erforderliche Nachtrag zur Steuerordnung, sowie ebenfalls der Nachtrag, betr. Änderung der Zuwachsteuerordnung, werden genehmigt. Die Steuer beträgt nach der vorliegenden Statistik bei einem Wertzuwachs bis 10 % des Erwerbspreises 15 %, des Zuwachses, bei 250 %, 45 %, bei über 250 %, 60 %.

Schließlich findet noch der Nachtrag zur Steuerordnung, Änderung der Verzugszinsenordnung, der am 1. Januar 1923 in Kraft tritt, Genehmigung. Verschiedenes. Herr Gemeindevorstand Hans teilt mit, daß die Landespolizei einen Vollzeitschweizer nach hier abkommandiert habe und daß derselbe bereits seinen Dienst in der Gemeinde verlasse. Herr Gemeindevorstand Schmidt berichtet über den gegenwärtigen Stand der Erwerbslosen-Angelegenheit und bittet um Bewilligung des auf die Gemeinde entfallenden 1/2-Anteils zur Erwerbslosenunterstützung, sowie des 1/2-Anteils für die Sozialrentenbeihilfe zu leisten habe. Die Beträge werden genehmigt. Herr Gemeindevorstand Günther bemängelt das gegenwärtig mehrfach zu beobachtende Verhalten der Fuhrwege mit Räder. Das übermäßige Verschütten mit Räder verjagt die Fuhrwege in einen Zustand, der die Benutzung derselben oftmals sehr erschwere. Er empfiehlt deshalb, zum Verschütten möglichst Sand zu benutzen. Herr Wäber führt hierzu aus, daß die Verschüttung von Sand heute sehr kostspielig sei, verspricht aber, in seinen Kreisen auf der Angelegenheit Rücksicht zu nehmen. Zweck Vornahme einiger Ausbesserungen am Wasserwerk zwischen Strehlerstraße und Steinweg sollen die erforderlichen Schritte unternommen werden. Herr Wäber bringt die dem Wohlfahrtsausschuß genehmigte Hausflumung zur Unterstützung dieser bedürftiger Einwohner, deren Brutt ein 15. ds. Mts. ablaufe, zur Sprache und bittet die Gemeindevorsteher, ihren Einfluß bei den ihnen nachstehenden Kreisen geltend zu machen. Herr Lauerhaller weist darauf hin, daß das öftern wieder Klagen über mangelhafte Belieferung der Hausbrandholz laut würden und regte an, bei den in Frage kommenden Lieferanten auf etwas günstigere Bedingungen der Hausbrandholz einzulwirken. Herr Gemeindevorstand Wäber erwidert hierzu, daß diese Angelegenheit nicht als Einzelerscheinung in Gröba anzusehen sei, sondern die Holzfrage sich wohl fast allorts zur Notwendigkeit ausgewiesen habe. Er sei der Meinung, daß die Belieferung der Hausbrandholz in Gröba nicht ungünstiger wie anderwärts sei. Die unregelmäßige Belieferung liege meist an der Nichtfreiheit der Bewirtschaftung. Nachdem Herr Wäber ausgeführt habe, für möglichst geregelte Holzbelieferung einzutreten, erfolgte gegen 1/10 Uhr Schluß der Sitzung. — Es folgte nichtöffentliche Sitzung.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 12. Dezember 1922.

Ein blutiger Streit. Berlin. Nach einer Meldung des „Lokalanzeigers“ ereignete sich in der Dorf Buttlern bei Werlau ein Feldhüter zwei Schweizer und verwundete den Vater des einen. Darauf tötete er sich durch einen Kopfschuß. Der Tat war ein Streit um die Entwendung eines Bündels Stroh vorausgegangen.

Wohnungsbesetzung in Preußen. Berlin. Aufgrund der Wohnungsmangelverordnung ordnete der Minister für Volkswohlfahrt den Wäffern zufolge mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers für Preußen an, daß zur Räumung beschlagnahmter Wohnungen, sowie zur Durchführung eines Zwangsmietvertrages erforderlichenfalls polizeilicher Zwang angewendet werden kann.

Ermittlungsverfahren gegen Oberleutnant Hobsch. Berlin. Wegen den Preisprostituierten Oberleutnant Hobsch wird, wie die Wäffler melden, vom Staatsgerichtshof vorläufiglich ein Ermittlungsverfahren wegen Geheimhändelei und Wasserbereitstellung eröffnet werden. Die Erhöhung der Steuerzuschläge für die Beamten. Berlin. Weiter begannen im Reichswirtschaftsministerium die Verhandlungen über die Erhöhung der Steuerzuschläge für Beamte und Staatsbedienstete. Laut „Vormärts“ wurde vereinbart, daß die Zuschläge mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar zur Auszahlung gelangen. Ueber den Satz der Erhöhungen wurde noch keine Einigung erzielt.

Schlagerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Stuttgart. Cwa 50 Kommunisten führten gestern

eine Verarmung der nationalsozialistischen Partei durch Zwischensätze. Als der mit Gummi Knäpeln verlebene Gauleiter eingriff, um die Redatoren zu entfernen, entfiel eine Schlagerei, wobei die Kommunisten mit Stühlen schlugen und mit Gasern warfen. Die Polizei räumte daraufhin den Saal und zerstreute auf der Straße die Streitenden.

Von der Konferenz in Lausanne.

Lausanne. Zwischen der russischen Delegation und den alliierten Delegationen fand ein Notenwechsel über das einseitige Verfahren für die Beratung der Meerengenfrage statt. Die russische Delegation stellt fest, daß kein Vorschlag und keine Entscheidung über das Regime der Meerengen und im Schwarzen Meer diskutiert oder gefaßt werden kann ohne Mitwirkung Russlands, der Ukraine und Georgiens. In der Antwortnote der Allierten wird gefordert: Die Präsidenten der Konferenz von Lausanne behältgen den Empfang der Mitteilung vom 9. Dezember. Es läßt ihnen schwer, die genaue Bedeutung der russischen Forderungen zu beschreiben. Die Debatte über das Meerengenregime vollziehe sich im Ausschuss für territoriale und militärische Fragen. Die Sowjetdelegation wurde und wird weiter zu allen Sitzungen dieses Ausschusses zugelassen. Die Verhandlungen der drei einladenden Mächte finden allen Abordnungen zur Verfügung. Mit dieser Antwort der Allierten kreuzte sich eine russische Notiz, die jedenfalls heute an die Allierten abgeht und folgenden Wortlaut hat: In den Vollzügen des ersten Ausschusses näherte die türkische Abordnung verschiedene Vorschläge. Der erste englische Delegierte machte hierüber verschiedene Bemerkungen geltend. Da seitdem verschiedene Lage vergangen sind, ist die Abordnung Russlands, Georgiens und der Ukraine der Ansicht, daß der Augenblick gekommen ist, diese Vorschläge im Unterausschuß des Ausschusses in Gegenwart der Delegierten und Sachverständigen zu prüfen und Punkt für Punkt in ihren Einzelheiten zu präzisieren und zu bezeichnen. Die Abordnung Russlands, Georgiens und der Ukraine ersucht daher die Präsidenten, den fraglichen Unterausschuß einzuberufen.

Bermischtes.

Dreiviertel Milliarden Mark gekloppt. Einem auf der Durchreise in Berlin aufstehenden, aus dem Osten zugereisten Kaufmann ist eine Brieftasche aus dem Mantel gekloppt worden. Darin befanden sich 30000 Mark im deutschem Gelde, 200 Dollars in Noten und drei Schweizerfranken mit von einer amerikanischen Bank ausgeschütteten offenen Schecks. Der Gesamtwert ist auf 80000 Dollars, also rund drei Viertel Milliarden Mark zu beziffern. Der Diebstahl hat sich wahrscheinlich bei einer Fahrt im Kraftomnibus ereignet.

Der Klanteprozeß. Vor der Strafkammer des Berliner Landgerichts III begann gestern der Prozeß gegen den Beitrongernbegründer Max Klante und fünf wegen Hehlerei, Betruges, gewerbsmäßigen Glückspiels und Raubvergehens Angeklagte. Lange vor Beginn der Sitzung drängten sich auf den Korridoren, auf der Straße und den Eingängen zum Zuscherraum Hunderte von Neugierigen. Klante Klante befinden sich sämtliche Angeklagten auf freiem Fuße.

Brillantenschmuck und ausländische Banknoten im Werte von etwa zehn Millionen Mark wurden nach einer Meldung des Berliner „12-Uhr-Mittagsblattes“ einer in einem großen Hotel in der Nähe des Potsdamer Platzes wohnenden Deutschamerikanerin Sonntag auf der Heimkehr vom Theater in einem Kraftomnibus von Toten diebstahl gekloppt. Die ein fünfstufiges Gebirge hervorgerufen hatten. Auf die Ermittlung des gekloppten Gutes ist eine Belohnung von 50000 Mark ausgesetzt.

Mit Topfussdaxillen geimpfte Kaninchen gekloppt. Nach einer Meldung aus Rodok wurden aus dem dortigen Universitätskrankenhaus 17 Kaninchen gekloppt, die zu Versuchszwecken mit Topfussdaxillen geimpft worden waren.

Ein neuer Robinson. Ein Engländer namens Charles G. Cooper hat sich ein kleines Inselchen in der Gruppe der Selts-Inseln genannt „Das Quab“ gekauft, um hier in strenger Zurückgezogenheit von der Welt sein Leben zu verbringen. Die Insel, die nicht ganz 4 Hektar groß ist, ist bei Ebbe durch einen schmalen Streifen Sand mit der größeren Insel von St. Agnes verbunden. Cooper, ein Junggeselle von 68 Jahren, will sich auf der Insel ein Haus bauen, einen Brunnen anlegen und eine Kaninchenfarm einrichten. Die einzigen Bewohner der Insel sind durch viele Jahre hin einige Kaninchen gewesen und ein paar Ratten. Früher versuchte man, hier Schafe anzuzüchten, aber sie konnten von dem wärigen Gass ihr Leben nicht fristen. Cooper ist nicht der erste Engländer, der sich von der „großen Insel“ auf eine kleine Insel zurückzieht. Vor zwei Jahren erwarb der Romanschriftsteller Compton Mackenzie die Insel Derm im Kanal, die früher von dem berühmten Blüher, einem Nachkommen des Marshall Vorkriegs und großen Sonderlings, bewohnt worden war.

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulte-Sorau 29. Fortsetzung.

Arm in Arm verließen sie das Restaurant und gingen durch eine der vielen Querstraßen über die Charlottenburger Chaussee zum neuen See hinüber.

Zwischen den schlanken Stämmen der einsamen Parklandschaft hieß langsam die Nacht davor, die kurze, seltsame Nacht, die mit dem Moment ihrer Geburt schon wieder in stiller Erstickung zum Morgen des anderen Tages hinüberdämmert.

Es war so still wie in einer Kirche; nur die große Schleiße des Kanals rauschte beständig und eintönig, allmählich immer weiter und weiter. — Wie im Traum zog alles an den Sinnen des jungen Mädchens vorbei, sie zu setzen, zu fassen mit dem goldenen Armen der Sommernacht.

Der Mond war heraufgeklimmen und häuhte einen feinen, silbernen Regen über die dunklen Blüten des Neuen Sees. Es war eine ganz leise, schauernde Bewegung im Wasser und doch Ruhe. Und ringsum das krumme Wachsen und Sprossen, das Geheimnis des Werdens, ein Gittern und Weben wie erwachende Liebe, eine trübende Sehnsucht, die tausendfältig nach Gestaltung ringt. Unwillkürlich hing sie fester in Kurts Arm; in ihren Augen stieg es heiß empor.

„Wenn ich doch sterben könnte!“ flüsterte sie leise mit suchendem Bitten. „Lotte!“

„Ja, Kurt! Das ist mein voller Ernst! Es ist ja doch alles umsonst, meine ganze Mühe und Arbeit! Von allen Seiten dringt das Unglück auf mich ein! Und nun wendest auch du dich noch von mir? Warum willst du mir widerstehen? Ich hätte es so deutlich, daß du nicht mehr der bist, der du früher warst. Etwas Fremdes, Trennendes hat sich zwischen uns gedrängt, und täglich führen uns unsere Wege weiter auseinander!“

Kurt senkte den Kopf, ein Echo seiner eigenen quälenden Selbstvorwürfe hallte ihm aus diesen anklagenden Worten entgegen. Er wollte antworten, sich verteidigen, doch immer wieder

erhob sich vor ihm das Bild jener anderen mit den tiefen Augen und den schneeflockig leuchtenden Lippen, jener anderen, die ihn zu ihrem haltlosen, willenlosen Sklaven erniedrigt hatte.

Und als er sich endlich gewaltsam zum Sprechen zwang, da fühlte er es selbst, daß alles, was er zu sagen vermochte, nur leere, konventionelle Phrasen waren, daß er den Ton nicht fand, der ihm den Weg zu dem Herzen des unglücklichen Mädchens öffnete.

Schweigend ging sie an seiner Seite zur Tiergartenstraße hinab, indes er allmählich immer lebhafter, immer eindringlicher auf sie ein sprach, wie wenn er mit seinen lauten Worten die mahnenden Stimmen seines Gewissens überhöhen wollte.

Es war ihr auf einmal so seltsam kalt und weh zu Sinn, als sei sie gar nicht sie selbst, die da Schulter an Schulter mit dem geliebten Manne, einander so nahe und doch wieder so unerreichbar fern durch die nächstliegenden Straßen ihrem Schicksal entgegenwandelte.

Jetzt bog sie vom Waggebirger Platz zur Steglitzer Straße ein. Unwillkürlich verlangsamte Kurt seinen Schritt. Eine dunkle Empfindung wehte in ihm, daß das Mädchen zu seiner Rechten voll sehnsüchtigen Verlangens darauf wartete, daß er sie noch einmal in seine Arme nahm, daß er mit einem einzigen Wort, einem einzigen Kuß die trennende Wand zu Boden riß, die so unsichtbar zwischen ihnen aufgewachsen war.

Doch das erlösende Wort blieb ungeprochen. Ein kurzes, hastiges „Gute Nacht!“ — Dann verstand Lotte im Hausflur. — Er hatte nicht gewagt, sie um einen letzten Kuß zum Abschied zu bitten. —

Eine halbe Stunde später trat Kurt zu einer kurzen Nacht in den besserbeleuchteten Vorgarten des Restaurants Burggartenhof bei dem Kurparkstandam.

Die Erinnerung an die Kusssprache mit Lotte hatte in seinem Herzen einen mächtigen Widerhall gewirkt. Ein jedes ihrer verwehten Worte hatte ihm gesagt, wie sie unter der Veränderung seines Wesens litt, wie sie infanter die Gefahr erriet, von der ihre große, vertraute Liebe bedroht war. —

Zeit den qualvollen Dualismus, in den sich seine Persönlichkeit an jenem Gewitterabend in der Rauchstraße gespalten hatte.

Zeit Wochen bereits lebte er wie in einer Traumwelt, in einem Zustand allgemeiner Unzulänglichkeit und Willenslosigkeit, der durch seine Beziehungen zur Rauchstraße seine Signatur empfangen hatte und ihm noch und noch alle Zeitlang, alle irdische Widerstandskraft zu rauben drohte.

Von einem planvollen literarischen Arbeiten war allerdings seit langem schon nicht mehr die Rede. Ganze Abende verbrachte er oft nutzlos am Schreibtisch, nahm ein Blatt nach dem anderen vor und suchte in fühligen, kaum lesbaren Zeilen seine Gedanken und Stimmung auf das Papier zu bannen, um dem in nächsten Augenblick alles wieder zu zerreißen.

Eine peinigende Unrast trieb ihn zuweilen hundertmal durch die Einsamkeit des Tiergartens, in dem heißen Drange, vor sich selbst und seiner ungeliebten Verhältnisse zu stehen, von der er sich allmählich in seinen tiefen Elementen ausgezehrt fühlte.

Doch vergebens. Die Sehnsucht nach Ellen beherrschte sein gesamtes Vorstellungsleben so überwältigend, daß alles andere davon in den Hintergrund schwand, mit dem Gedanken an sie schlich er des Morgens ein und wachte des Morgens wieder auf.

An jedem Nachmittage kam er nach Schluß der Redaktion nach der Rauchstraße heraus, um hier bis zum Beginn der Vorstellung Gesellschaft zu leisten; und sie dann um 11 Uhr abends vom Theater abzuholen.

Lotte war in diesem intimen Zusammenleben fast vollständig ausgeschaltet; kaum daß Kurt dann und wann einmal die Zeit zu einem kurzen Pflichtgespräch nach der Steglitzer Straße abzustehlen vermochte.

Auch wirkten diese Begegnungen mit Lotte, die er zuweilen fast als ein selbstquälerisches Martyrium empfand, auf ihn allmählich immer zwingender, immer niederdrückender.

Gerichtssaal.

a. Dresdner Schwurgericht. Die erste Verhandlung in der 3. und letzten diesjährigen Tagung des Schwurgerichts Dresden betraf die Ermordung der 30 Jahre alten Hauswirtschafterin Witwe Anna Krause, die am Himmelstagsabend als Leiche in der Villa Luise in Köhlerstraße aufgefunden worden ist. (Wir haben gestern hierüber schon kurz berichtet.) Die Anklage richtete sich gegen den 1901 in Emmelsberg bei Weichen geborenen Schneidergesellen Wilhelm Alfred Fischer, dem der Eröffnungsbeschluss Totschlag und schweren Diebstahl zur Last legte. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurde Fischer wegen Totschlags und schweren Diebstahls unter Verkaufung mildernder Umstände zu zehn Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Wegen Mordes und Beihilfe zum Mord verhandelte das Schwurgericht Dresden am heutigen Dienstag gegen den am 16. 2. 1892 zu Thierbach bei Vorna geborenen Bäckergehilfen Ernst Arthur Schühbold und gegen die aus Cosselbaude gebürtige Bäckermeisterwitwe Rosa Olga Klunker geborene Große, beide seit Mitte Oktober in Untersuchungshaft befindlich. Die Anklage, vertreten durch Staatsanwalt Hübner, legt Schühbold vorsätzliche, mit Ueberlegung ausgeführte Tötung eines Menschen, nämlich des Bäckereimeisters Oskar Klunker, zur Last, während sich dessen Ehefrau Rosa Klunker wegen Beihilfe zu diesem schweren Verbrechen zu verantworten hat. Dieser umfänglichen Strafsache liegt der folgende Sachverhalt zu Grunde: Der ermordete Bäckermeister Oskar Klunker betrieb in der Platanenstraße in der Neustadt eine antike Bäckerei. Er hatte mit dem Angeklagten Schühbold, den er von der gemeinsamen Lehrzeit her kannte, treue Freundschaft gehalten. Letzterer befand sich bei seinem Onkel, dem Bäckereimeister Lehmann in der Trachenberger Straße, in Stellung. Aus dem Hausfreund Schühbold war bald ein heimlicher Liebhaber geworden. Frau Rosa Klunker, die ehemalige Wirtstochter vom Bergrestaurant Cosselbaude, unterhielt hinter dem Rücken ihres Mannes mit dem Schühbold Verkehr. Als Klunker hinter den heimlichen Verkehr gekommen, war es verhängnisvoll zu teilweise ernstlichen Differenzen und Auseinandersetzungen gekommen. Der Verkehr zwischen Frau Klunker und Schühbold muß aber doch trotz alledem noch weiter fortgesetzt worden sein und zu allerlei Klüften geführt haben. Am 12. Oktober waren Schühbold und Klunker in die Wälder der Hadeburger Gegend gefahren, angeblich um Wäse einzusammeln. Gegen Abend hatte dann Schühbold die heimlich mitgeführte Wäse des Klunker gegen Dienen gerichtet und abgedrückt. Und als scheinbar Klunker noch Lebenszeichen von sich gab, da stürzte sich der

zuwache Mörder auf sein Opfer, würgte es und bricht ihm dabei auch noch zwei Rippen. Entweder war Klunker dann bedauert worden oder er hat sich als schwer verletzter Mann für tot gestellt. Als gegen 7 Uhr abends drei Hadeburger Arbeiter mit ihren Händern vorüber fuhren, da trat ihnen der unbefannte Schühbold entgegen und erzählte einen erdichteten Hausüberfall. Nachdem er geendet, schlug Klunker die Augen auf und bat die Arbeiter, sie sollten bei ihm bleiben. Schühbold habe ihn erschossen, er sei sein Mörder, er wolle seine Frau heiraten. Einer der drei Radfahrer holte schnell aus Hadeburg Hilfe herbei. Schühbold wurde nicht aus den Augen gelassen. Dann erfolgte die Ueberführung des Bäckereimeisters Klunker nach dem Hadeburger Krankenhaus. Dort wiederholte er die schweren anfliegenden Worte gegen seinen Hausfreund und Berufskollegen Schühbold, um dann sein Leben auszubauhen. Schühbold wurde in Haft genommen und später nach Dresden überführt. Er hatte inzwischen ein volles Geständnis abgelegt und seine Geliebte ernüchelt belastet.

Der denkende Ladenbesitzer

Frant nicht: „Muh ich inferieren?“ — „Was kostet eine Anzeige?“ sondern: „Macht mich die Anzeige mehr bekannt?“ — „Was bringt sie mir ein?“ — Frant er: „Wo inferieren ich?“ so gibts nur eine Antwort: „Im täglich erscheinenden Kießer Tageblatt!“

Kunst und Wissenschaft.

Die Verteilung der Nobelpreise. Am Sonntag wurden in Stockholm die Nobelpreise durch den König leierlich verteilt. Es erhielten den Nobelpreis für 1921 Professor Einstein, den Physikpreis für 1922 der Däne Bohr, den Chemiepreis für 1921 der Engländer Soddy, den Chemiepreis für 1922 der Engländer Alton, den Literaturpreis der spanische Dichter Jacinto Benavente. Für den abwesenden Professor Einstein nahm der deutsche Gesandte Adolung den Preis in Empfang.

Der „Puppenmacher“ im Staatl. Schauspielhaus. Das neue Weihnachtsmärchen „Der Puppenmacher“ von Hanna Scholz gelangte am Sonntag im Staatl. Schauspielhaus zur Uraufführung. Der Sohn eines Flickschusters wird durch die Drohungen eines bössartigen Schulzen und Bläubigers in die kalte Welt hinausgetrieben. Er kommt in den Palast des Puppenkönigs und schließt zur Zufriedenheit für den König und seinen Hofstaat, entrinnt der Zwangshe mit der ihm zugeordneten Puppenprügelein und

lehrt am Weihnachtsabend als erwachter Mann an der von ihm heimlich geliebten Schulzenochter auf. Die Partikler Ponto, Köhner, Schröder, Wenzel, Wierth, Fennu Schaffer, Olan Fuchs und Ida Garbon-Müller leiteten das rührselige Stück zur Zufriedenheit der großen und kleinen Kinder. Die prächtigen Bühnenbilder hat Wabnes und die köstliche Fanta geschaffen. Wierths Regie war ausgezeichnet und die Musik von Dr. Eikh schmeigte sich in bewährter Weise dem Inhalte des Stückes an.

Marktberichte.

Landwirtschaftl. Warenpreise zu Großenhain. Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonnabend, den 9. Dezember 1922: Weizen 14000—14500, Roggen 12500 bis 12800, Hafer 12000—13000, Sommergerste 11000 bis 12000, Mais 17000—17500, Maisstroh 18000—18500, Kleie 8000, Roggen- und Weizenstroh, Sojaerstroh und Heu sein Ankerbot. Die Preise verstehen sich für den Zentner in Mengen unter 5000 Kilogramm.

Dresdner Schlachtmärkte vom 11. Dezember. Auftrieb: 181 Ochsen, 288 Bullen, 621 Kalben, 487 Fäbber, 279 Schafe, 1405 Schweine. Preise in Mark für 50 kg Lebendgewicht: Ochsen: 1. 27500—29500, 2. 23500—24500, 3. 17500—20500, 4. 12500—14500; Bullen: 1. 24500 bis 26500, 2. 19500—22500, 3. 15500—17500, 4. 9500—13500; Kalben und Fäbber: 1. 27500—29500, 2. 23500—24500, 3. 19500—21500, 4. 14500—16500, 5. 9500—12500; Fäbber: 1. —, 2. 35—35000, 3. 30—32000, 4. 28—28000; Schafe: 1. 28—30000, 2. 23—25000, 3. 12—15000; Schweine: 1. 58—54000, 2. 58—59000, 3. 46—50000, 4. 40—43000, 5. 34—37000. Verkaufsaussatz: Rinder schlecht, Fäbber gut, Schafe langsam, Schweine schlecht.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktenbörse pro 50 kg ab Station. Weizen, märktischer 15 500—15 800, behauptet. Roggen märktischer 13 600 bis 13 800, vommerischer 13 500—13 700, behauptet. Sommergerste 12 800—13 400, schlechte 12 500—13 000, lefter. Hafer, märktischer 13 100—13 400, vommerlicher 12 800 bis 13 100, behauptet. Mais loco Berlin 16 100—16 800, lefter. Weizenmehl per 100 kg frei Berlin 42 000—47 000, feinste Marken über Notiz bezahlt, lefter. Roggenmehl per 100 kg frei Berlin 37 000—40 000, lefter. Weizenkleie und Roggenkleie frei Berlin 8000—8200, behauptet. Raps 24 000 bis 25 000, behauptet. Weizenstroh 28 000—31 000, behauptet. Erbsen, Viktoria 29 000—30 000. Kleine Weizenstroh 25 000—28 000. Weizenstroh 16 500—17 500. Ackerbohnen 16 000—17 000. Lupinen, blaue 17 000—18 000, do. gelbe 21 000—23 000. Serradella 34 000—40 000. Kapseln 9300—9500. Trockenkorn 6100—6300. Torfmehle 30/70 4200—4500.

Junger Kaufmann sucht per 1. Januar 1923 möbl. Zimmer. Offerten unter R X 9748 an das Tageblatt Niesla.

Herzenstouisch. Hl. Gutsbel. S. 26 Jahre, Vermögen vorh., wünscht wirtlich. Fräulein zw. 16-18. Privat kennen zu lernen. Offerten unter R W 9747a an das Tageblatt Niesla.

Junges Mädchen oder auch Frau (Anderlieb) als

Aufwartung für den ganzen od. halben Tag gesucht. Zu erfragen im Tageblatt Niesla.

Gesucht für 1. Januar besseres, ehrliches

Hausmädchen als Stubenmädchen (nicht unter 17 Jahren). Frau Aufschläger, Niesla, Bahnhofsstraße 28.

Kontorist zu baldigem Eintritt gesucht. Angebote m. Zeugnisabschriften unt. R Z 9750 an das Tageblatt Niesla.

Wer erteilt **Lehrunterricht?** Gefh. Angeb. m. Preisang. u. R Y 9746 an Tagebl. Niesla.

Große, mittlere und kleine **Läufer- Schweine** verkauft Niesla, Rundteil 2a.

Dieselbst zu verkaufen: **ortki. Winter- u. Weihnachtsäpfel**, Zwiebeln, Möhren und Pflanzenmüß.

Gebrauchte **Dampfmaschine** zu kaufen gesucht. Off. u. R R 106 wofrig. Münchrig.

Ein Pferdeteil u. ein Jng zu verkaufen. Zu erf. im Tagebl. Niesla.

Spielesachen 1 Laterne magia, 1 Kanone, 1 Pferd 1 Elektrischer Apparat für auf. 2500 Mk. zu verk. Zu erf. im Tagebl. Niesla.

Puppenwagen gut erhalten, zu verkaufen Röhrestr. 11. i. z.

Eisorn. Schlitzen zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Niesla.

Raute od. Gitarre zu kaufen gesucht. Angebote unter R A 9751 an das Tageblatt Niesla.

Damen-Wintermantel zu kaufen gesucht. Zu erfragen im Tagebl. Niesla.



NORDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßiger Passagier- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern

Von BREMEN nach

NORD-AMERIKA u. SÜD-AMERIKA

Vorzügliche Passagier-Einrichtungen für alle Klassen. Anerkannt vorzügliche Verpflegung, geräumige Promenadendecks, behagliche Gesellschaftsräume. Beste hygienische und sanitäre Einrichtungen.

Auskünfte, Drucksachen u. Platzbelegung durch:

Wilhelm Frenzel Nachf., Riesa, Wettinerstrasse 2.

Schafwolle

kauft zu den höchsten Tagespreisen oder tauscht gegen erstklassige Strickgarne

H. Kluge u. Gebr. Vopel

dauernd im Geschäft. Stadt Leipzig, Niesla, Hauptstr. 58.

Fay's ächte

Sodener Mineral-Pastillen

seit mehr als 40 Jahren bewährt gegen Husten, Heiserkeit und Verschleimung in jeder hygienischer Verpackung (auch mit Keuch- u. Zeuzen) überall erhältlich.

Bettstelle

guterh., gegen Stroh zu tauschen gesucht. Angeb. u. R V 9745 an Tagebl. Niesla.

2 Jadedts

f. 15—16 j. Burschen verk. G. Künzel, Schloßstr. 16.2.

Ein Kleid

Robeide geücht, zu verk. Zu erf. im Tagebl. Niesla.

2 V. Kinderh. (1.6—7.3.), 1 V. O. Handschuhe u. verkauft. G. Vopel, Hauptstr. 15.3.1.

1 V. neue br. O. Schuhe, Größe 44, zu verkaufen. G. Vopel, Hauptstr. 11, 2. l.

Gebr. Damenrad

sofort zu kaufen gesucht. Offerten unter R Y 9749 an das Tageblatt Niesla.

Wegzugsbalber guterhalt. Möbel zu verkaufen

Reithain (Rager), Wontsch-Strasse.

1 Wäsche- oder Kleider-schrank, 2 Bettstellen, 1 Handwaschbecken, 1 Bierbarmonika u. verk. Zu erf. im Tagebl. Niesla.

Verkauf:

Kinovorführungsapparat

1 Klavier, unterhalten

1 Dogcart nebst Geschirr

1 Landauer, 4 Pferde div. Geschirre, teilw. neu.

Veröffentlichung

Donnerstag, 14. Dez. 22

Verkauf, Ortsh. Bar. I, Zimmer 5. — Händler ausgeschlossen.

Heimkehrerlager Reithain.

Nur 6 Tage! Montag, d. 11., bis Sonnabend, den 16. Dezember.

Kaufe

Weisanten, goldene Uhren, Ketten, Frau- und Fingerringe, sowie Silberfächer, Löffel, Bestecke, Schalen, Zahnengacher, Zunderdosen, goldene und silberne Haarentenetz, sowie Zähne und künstliche Gebisse, Zerkunststoffe, Platin usw.

Strengste Diskretion. — Reelle Bedienung.

Emil Kaluseha, Schloßstraße 19 (im Laden)

— 1 Minute vom Albertplatz. —

Bereinsnachrichten

Orpheus. Sonnabend, 16. 12., 7 Uhr abends im Hotel Döpner Fam.-Abend u. Weihnachtsfeier mit Kindern (Märchenpiel). Anstl. Ländchen.

Chorverein Riesa

Freitag, 15. Dezember 1922

— 8 Uhr Wettiner Hof —

Weihnachtsfeier

Einzelvorträge von Mitgliedern, Ansprache, allgemeine Gesänge — Kaspertheater des SKHB (Prof. Dr. Paul, Dresden)

Karten für Mitglieder und ihre Angehörigen zu 32.50 M. (inkl. Steuer) bei Hoffmann, Hauptstr. 36 u. Ziller, Hauptstr. 79

Heute nacht erlöste Gott unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau

Louise verw. Geißler

geb. Ockert, durch einen sanften Tod von ihrem schweren Leiden.

Anzeige erfolgt nur hierdurch.

Familie Gries Familie Richter

Röderau / 11. 12. 1922 / Lampertswalde.

Die Beerdigung findet Mittwoch 1 Uhr von der Friedhofshalle in Reithain aus statt.

Am 8. Dezember vormittag 1/10 Uhr entschlief sanft Herr

Emil Alfred Küster

Oberlehrer und Kantor von Streumen und Marktledig

Inhaber des Albrechtkreuzes.

Seit fast 40 Jahren hat er unseren Gemeinden in Schule und Kirche mit großer Treue gedient. — Wir rufen ihm ein herzliches „Gute Nacht und ruhe sanft!“ in die ewigkeit nach.

Streumen, am Tage der Beerdigung. Der Schulvorstand. Der Kirchenvorstand. Die Gemeinderäte von Streumen und Marktledig.

Läufe

Wanz, Flöhe Ungeziefer vertilgt sof. bei Mensch u. Tier, 100 000 mal bewährt

„Riesolda“

gef. gef. Verkauf nur Preis. Riese, Optstr. 30, Wofso.

Gelegenheitskauf!

Rompl. Kücheneinrichtg. (7teilig), 1 Kleiderkasten, 1 Ausziehtisch, Bettstelle mit Matrasse, alles fast neu, im Auftrag zu verkaufen Parkstraße 26.

3 gebr. Herrenräder

billig zu verkaufen Hauptstr. 73, i. Fahrstr.-Bbl.

Dampfwäscher Reinigungswerk

Max E. Tröger Großenhain.

Annahmestelle

Riesa, Wettinerstr. 19

Riesauer Damenhutlager.

Daums Tanz- u. Anstandslehre

Riesa, Hotel Höpfner.

Beginn des neuen Kursus

Donnerstag, 14. Dezbr., für Damen, 7 Uhr, Herren 7 1/2 Uhr abends. Werte Interessenten, welche einen gründlichen Unterricht zu schätzen wissen, werden gebeten, ihre werte Anmeldung bei Herrn Theodor Raabe, Hauptstr., zu bewirken, wo Liste ausliegt.

Schadungsvoll

Elisa Damm, Lehrerin für Kunst- u. Gesellschaftstanz.

Wegen Todesfall bleibt mein Geschäft morgen Mittwoch geschlossen.

Helene Käseberg Restaurant zur Buro.

Für die zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimzuge unserer geliebten unvergesslichen Entschlafenen

Frau Theresia Bogel

verw. gew. Dentschel sagen wir hierdurch unsern tiefgefühltesten Dank.

Riesa, Schloßstr. 20, 2., 12. Dezbr. 1922.

Die bestrauernden Hinterbliebenen.

Montag früh 1/10 Uhr entschlief sanft mein lieber Vater, unser treuerstehender Vater

Morik Sacher

im Alter von 31 Jahren. In tiefstem Schmerz Emma Sacher und Kinder.

Rändrig, 11. 12. 1922.

Die Beerdigung findet Donnerstag 12 Uhr vom Trauerhause aus statt.

„Riesolda“

gef. gef. Verkauf nur Preis. Riese, Optstr. 30, Wofso.

Montag früh 1/10 Uhr entschlief sanft mein lieber Vater, unser treuerstehender Vater

Morik Sacher

im Alter von 31 Jahren. In tiefstem Schmerz Emma Sacher und Kinder.

Rändrig, 11. 12. 1922.

Die Beerdigung findet Donnerstag 12 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.